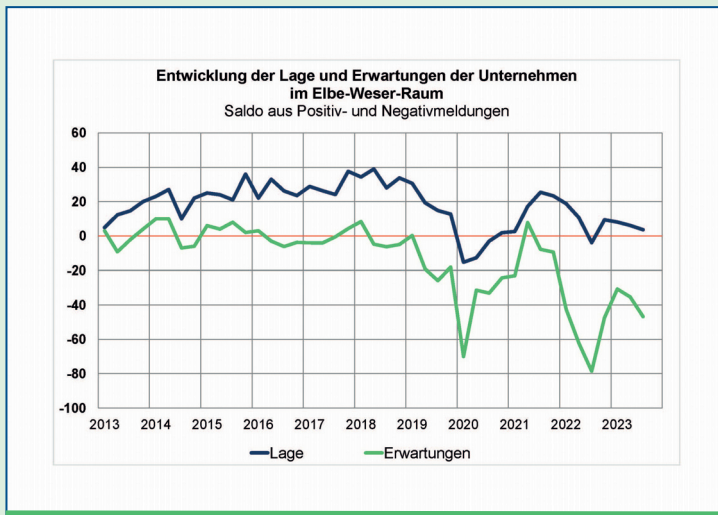


KONJUNKTURBERICHT

ELBE-WESER

3. Quartal
2023



Risiko Inlandsnachfrage – Konsum und Investitionen rückläufig

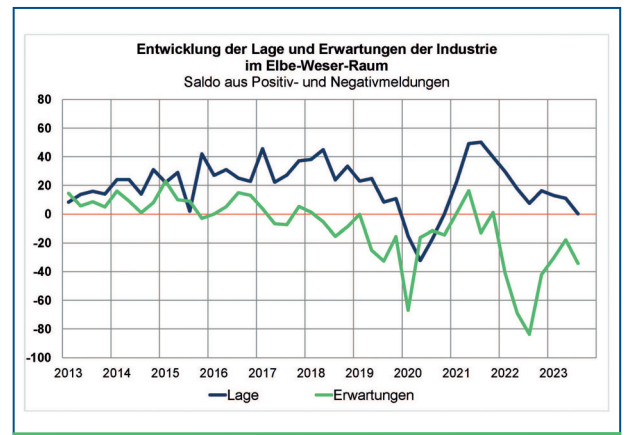
Die wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum nimmt erneut ab. Im Baugewerbe sind die Auftragseingänge zurückgegangen. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten hat sich die Stimmung verschlechtert, ebenso im Einzelhandel. Positive Signale kommen hingegen von den Kreditinstituten. Das Gastgewerbe ist überwiegend zufrieden. Branchenübergreifend gibt die Lageeinschätzung im Vergleich zum Vorquartal etwas nach, ist aber insgesamt noch zufriedenstellend. 24 Prozent (zuvor: 27 Prozent) bewerten ihre Geschäftslage als gut. Wie zuvor nimmt rund jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vor. 55 Prozent der Betriebe (zuvor: 53 Prozent) sprechen von einem saisonüblichen Quartalsverlauf.

Der Ausblick auf die kommenden Monate verschlechtert sich erneut. Der Anteil derjenigen Unternehmen, die von einer eher ungünstigeren Entwicklung ausgehen, steigt von 47 auf 55 Prozent. Eine positivere Geschäftsentwicklung wird hingegen nur von acht Prozent (zuvor: zwölf Prozent) gesehen. →

Die Geschäftsrisiken aus Sicht der Betriebe zeigen die vielfachen Belastungsproben. Während die (schwache) Inlandsnachfrage (62 Prozent) für die konjunkturelle Eintrübung steht, lassen sich aus den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (61 Prozent), den Energie- und Rohstoffpreisen (59 Prozent) sowie dem Fachkräftemangel (57 Prozent) strukturelle Herausforderungen ableiten. Die Unternehmen kritisieren die richtungslose Politik, die den Betrieben jegliche Planungssicherheit nimmt. Darüber hinaus steht Deutschland sich mit den vielen bürokratischen Vorschriften und Verfahren selbst im Weg. Ohne Reformen und eine Wirtschaftspolitik, die sich nah an den Belangen der Unternehmen orientiert, wird der Wirtschaftsstandort Deutschland weiter an Attraktivität verlieren.

Positiv ist, dass die Mehrheit der Unternehmen (79 Prozent) trotz der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung über eine unproblematische Finanzlage verfügt. Die Investitionsabsichten der Unternehmen verschlechtern sich deutlich. Während 21 Prozent (zuvor: 27 Prozent) ihre Ausgaben erhöhen wollen, planen 36 Prozent (zuvor: 26 Prozent), ihre Investitionen zu verringern.

Ende September waren im Elbe-Weser-Raum 21.352 Personen arbeitslos gemeldet, rund 730 weniger als im Vormonat. Im Vergleich zum September 2022 ist die Anzahl der Arbeitslosen um knapp 1.600 Personen gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4,7 Prozent und damit unterhalb des Bundes- bzw. Landeschnitts (jeweils 5,9 Prozent). Grundsätzlich besteht ein Arbeitskräftebedarf im Elbe-Weser-Raum. Die hiesigen Arbeitsagenturen verzeichnen rund 7.000 freie Stellen im Bestand. Allerdings deuten die Personalpläne der Unternehmen nicht darauf hin, dass in den kommenden Monaten mit erheblichen Beschäftigungszuwächsen zu rechnen ist. In der aktuellen Situation halten sich die Betriebe bei den Einstellungen zurück. Es überwiegt der Anteil derjenigen Unternehmen, die ihren Personalbestand in den kommenden Monaten eher stabil halten wollen (65 Prozent; zuvor: 59 Prozent). Hinzu kommt, dass etwas mehr als jeder zweite Betrieb (53 Prozent) Probleme bei der Stellenbesetzung hat und offene Stellen längerfristig nicht besetzt werden können.



Industrie

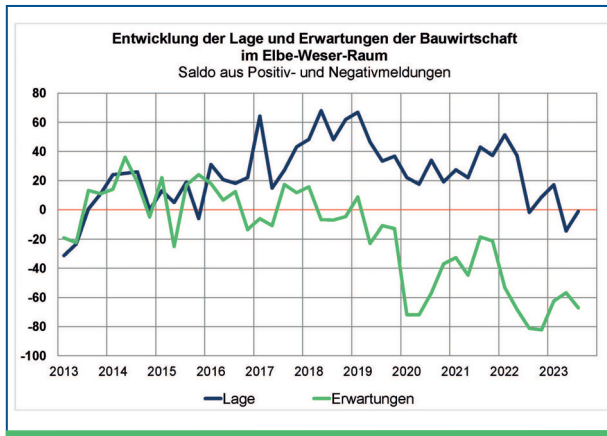
→ Positive Signale senden die Verbrauchsgüterhersteller, wozu unter anderem das Ernährungs- sowie Druckgewerbe gehören. Durchwachsen ist die Lage bei den Investitionsgüterherstellern wie beispielsweise dem Maschinenbau. Einen negativen Saldo aus Positiv- und Negativmeldungen verzeichnen die Vorleistungsgüterhersteller (u. a. Chemie, Hersteller von Kunststoffwaren und Metallerzeugung). Abgesehen von wenigen Ausnahmen fällt der Saldo zur Bewertung der aktuellen Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe abschnittsübergreifend seit zwei Jahren. 23 Prozent (zuvor: 29 Prozent) der Industriebetriebe bewerten ihre Lage als gut, wohingegen 22 Prozent (zuvor: 18 Prozent) eine gegenteilige Einschätzung vornehmen.

Bei knapp jedem zweiten Unternehmen sind die Bestellungen aus dem Inland zurückgegangen. Die Orders aus dem Ausland sind per Saldo weiterhin rückläufig, allerdings nicht mehr so stark wie im Vorquartal.

Der Auftragsbestand nimmt deutlich ab, bleibt Mehrheitlich aber noch auf einem ausreichenden Niveau. Bei jedem zweiten Unternehmen ist dieser saisonüblich (54 Prozent; zuvor: 52 Prozent). Während nur noch 14 Prozent (zuvor: 25 Prozent) von einem verhältnismäßig hohen Bestand sprechen, beklagt mittlerweile fast jeder dritte Betrieb (32 Prozent; zuvor: 23 Prozent) einen zu kleinen Auftragsbestand.

Die Erwartungshaltung des verarbeitenden Gewerbes ist pessimistisch. Während elf Prozent (zuvor: 20 Prozent) eine eher günstigere Geschäftsentwicklung erwarten, nehmen 46 Prozent (zuvor: 38 Prozent) eine

BAUWIRTSCHAFT



gegenteilige Einschätzung vor. Nicht nur das erwartete Exportgeschäft, sondern auch die künftige Umsatzentwicklung wird von den Betrieben unterm Strich negativ gesehen.

In den Industriebetrieben geht die Einstellungsbereitschaft zurück, mehrheitlich gehen die Unternehmen jedoch von einer konstanten Beschäftigtenzahl aus. Demgegenüber geben die Investitionsabsichten erneut nach.

Neben der rezessiven Konjunktur in Deutschland ist auch die Weltwirtschaft von wenig Dynamik geprägt. Die Unternehmen schauen deshalb kritisch auf die Entwicklung der Nachfrage aus dem In- und Ausland (64 bzw. 46 Prozent). Darüber hinaus belasten hohe Arbeits- sowie Energiekosten. Letzteres gilt insbesondere für die energieintensive Industrie. Ein Industriestrom- bzw. Industriegaspreis könnte nach Ansicht einiger Betriebe deren globale Wettbewerbsfähigkeit und mithin die Nachfrage erhöhen. Ferner bemängelt jeder zweite Industriebetrieb die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Nicht nur aufgrund der ausufernden Bürokratie verliert der Standort Deutschland aus Sicht der Betriebe weiter an Attraktivität.

Baugewerbe

→ Während das sonstige Ausbaugewebe eher positive Signale sendet, ist die Lage im Tiefbau tendenziell zufriedenstellend. Im Hochbau hat sich die Geschäftslage aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen beim Wohnungsbau hingegen erneut verschlechtert.

Abschnittsübergreifend geben 68 Prozent (zuvor: 56 Prozent) der Baubetriebe an, dass ihre Auftragseingänge zurückgegangen sind. Darunter leidet der Auftragsbestand. Während vier von zehn Unternehmen (Vorjahr: 55 Prozent) eine Reichweite von vier und mehr Monate haben, beträgt diese bei 16 Prozent (Vorjahr: zehn Prozent) lediglich einen Monat.

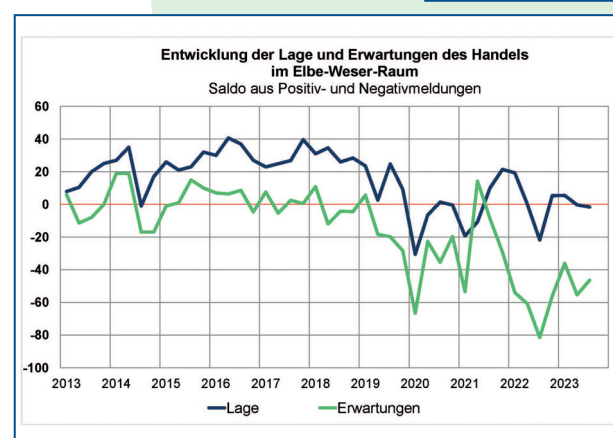
Der ohnehin schon pessimistische Blick auf die kommenden Monate verschlechtert sich weiter. Nur wenige Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung der künftigen Geschäftslage (fünf Prozent). 72 Prozent (zuvor: 63 Prozent) gehen hingegen von einer eher schlechteren Entwicklung aus. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für den Haus- und Wohnungsbau bleiben ungünstig. Hohe Baukosten sowie ein höheres Zinsniveau dürften die Nachfrage nach Bauleistungen weiterhin belasten.

Handel

→ Während der Kfz-Handel sowie Apotheken mit dem Quartalsverlauf tendenziell zufrieden sind, bewerten Bau- und Heimwerkermärkte, der Textileinzelhandel und Möbelhäuser die Entwicklung eher schlecht. Insgesamt sprechen zwölf Prozent der Einzelhändler (zuvor: 14 Prozent) von einer guten Lage, 26 Prozent (zuvor: 29 Prozent) sind hingegen unzufrieden.

Der Binnengroßhandel kann bei seiner Lageeinschätzung zulegen, der Außenhandel ist mehrheitlich zufrieden. Insgesamt bewegt sich die Lageeinschätzung

HANDEL



im Groß- und Außenhandel damit auf dem Niveau des Vorquartals. Rund jeder vierte Großhändler bewertet die gegenwärtige Situation als gut, 59 Prozent sind zufrieden.

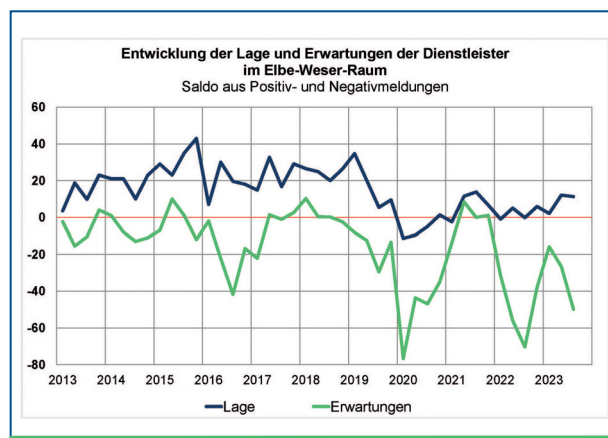
Der Blick auf die kommenden Monate ist weder im Einzel- noch im Großhandel von Optimismus geprägt. Während 55 Prozent (zuvor: 59 Prozent) mit einem eher schlechteren Geschäftsverlauf rechnen, erwarten lediglich neun Prozent (zuvor: vier Prozent) eine günstigere Entwicklung.

Die anhaltende Inflation dämpft den Konsum. Zwar wollen immer weniger Händler ihre Preise anheben, die Privatpersonen halten sich dennoch mit ihren Ausgaben weiterhin zurück. Sechs von zehn Einzelhändlern attestieren ihren Kunden eine rückläufige Konsumneigung. Jeder zweite Betrieb rechnet mit fallenden Umsatzzahlen in den kommenden Monaten. Im Großhandel sind die Erwartungen bezüglich des künftigen Beförderungsvolumens ebenfalls negativ. Das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung sehen die Einzel- und Großhändler in einem Einbruch der Inlandsnachfrage.

Dienstleistung

→ Positive Signale kommen von den Banken und Finanzdienstleistern und aus der Gesundheitswirtschaft. Das Gastgewerbe, der Garten- und Landschaftsbau sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen sind mit dem Quartalsverlauf tendenziell zufrieden. Durchwachsen ist die Lage hingegen eher im Verkehrsgewerbe sowie bei den Architektur- und Ingenieurbüros. Insgesamt bewegt sich die Lageeinschätzung im Dienstleistungssektor auf dem

Dienstleistungen



Niveau des Vorquartals. 31 Prozent (zuvor: 32 Prozent) der Betriebe bewerten ihre gegenwärtige Situation als gut, 50 Prozent (zuvor: 47 Prozent) sind zufrieden.

Deutlich pessimistischer fällt die Einschätzung für die kommenden Monate aus. Die Erwartungshaltung gibt deutlich nach. Während sieben Prozent (zuvor: zwölf Prozent) mit einer besseren Geschäftslage rechnen, erwarten 57 Prozent (zuvor: 38 Prozent) eine eher ungünstigere Entwicklung. Das gilt auch für das Verkehrsgewerbe. Die geplante Erhöhung der LKW-Maut zum 1. Dezember ist eine weitere Belastung für die Branche. 74 Prozent der Betriebe rechnen mit höheren Preisen für Beförderungs- und Logistikdienstleistungen. Der finanzielle Mehraufwand der Maut dürfte in vielen Fällen aber aufgrund des Wettbewerbsdrucks nicht vollständig an die Kunden weitergegeben werden können.

Sorgen bereiten den Dienstleistern in erster Linie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (72 Prozent), gefolgt vom Fachkräftemangel (65 Prozent) und den Energiepreisen (63 Prozent). Die Unternehmen kritisieren den steigenden Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus fehlt ihnen eine verlässliche Politik, die sich nah an den Belangen der Wirtschaft orientiert.



www.ihk.de/stade/konjunktur

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Am Schäferstieg 2 | 21680 Stade

Telefon: 04141 524-0

E-Mail: info@stade.ihk.de

Internet: www.ihk.de/stade

Ihr Ansprechpartner bei der IHK Stade:

Henrik Gerken

Volkswirtschaft, Industrie, Wirtschaftspolitik

Telefon: 04141 524-285

E-Mail: henrik.gerken@stade.ihk.de